

## Tagesordnungspunkt 20

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes  
Wiesbaden Westend/Bleichstraße am 07. Dezember 2011

### *Keine (Teil-) Privatisierung der Dr. Horst-Schmidt-Kliniken*

---

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

- Der Ortsbeirat Westend/Bleichstraße unterstützt die Belegschaft der Dr. Horst-Schmidt-Kliniken (HSK) in ihrer Ablehnung einer (Teil-)Privatisierung und setzt sich dafür ein, dass die HSK-Kliniken zu 100 Prozent in kommunaler Hand und Verantwortung bleiben.
- Der Ortsbeirat Westend/Bleichstraße unterstützt die von der HSK-Belegschaft, Betriebsrat, Chefärzten und Gewerkschaften initiierte Wiesbadener Erklärung zur kommunalen Trägerschaft der HSK.
- Der Ortsbeirat Westend/Bleichstraße tritt dem von der Gewerkschaft ver.di initiierten Aktionsbündnis „HSK pro kommunal“ bei und unterstützt dessen Aufklärungsarbeit im Stadtbezirk.
- Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird aufgefordert, von den Verkaufsplänen Abstand zu nehmen.

Begründung:

Die Masse der im unseren Viertel lebenden Menschen sind Kassenpatienten und haben ein großes Interesse daran, dass die HSK als wohnortnahes kommunales Krankenhaus der Maximalversorgung erhalten bleibt. Eine Klinik der Maximalversorgung darf nicht der Erwirtschaftung privater Rendite dienen. Eine Teilprivatisierung führt in aller Regel zu schlechteren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und zu Arbeitsplatzabbau. Eine gute Gesundheitsversorgung darf aber kein lästiger Kostenfaktor sein.

Um die Klinik in kommunaler Verantwortung weiterzuführen, kommt es vor allem auf die Belegschaft an. Sie ist hochkompetent und weiß noch am besten, wie der Betrieb optimal laufen kann.

Wir fordern eine lückenlose transparente Aufklärung der Ursachen für die dramatische wirtschaftliche Entwicklung der Dr. Horst Schmidt Kliniken (HSK). Es ist zu vermuten, dass weder die Geschäftsführung der HSK noch die politisch Verantwortlichen an einer erfolgreichen Sanierung interessiert sind und alle Anstrengungen ausschließlich auf die geplante (Teil-) Privatisierung ausgerichtet sind.

**Beschluss Nr. 0201**

Die Behandlung des Beratungsgegenstandes wird bis zur nächsten Sitzung am 1. Februar  
2012 vertagt.

+

+

**Verteiler:**

100230 z.w.V.

Bischoff  
Ortsvorsteher